

Betreff:

Mitgliedschaft der städtischen Mehrheitsgesellschaften in Arbeitgeberverbänden
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 04.05.2016 -

Antragstext:

In der vergangenen Wahlperiode wurde im Beteiligungsausschuss über die Mitgliedschaft der städtischen Mehrheitsgesellschaften in Arbeitgeberverbänden berichtet und diskutiert. Als Ergebnis konnte festgehalten werden, dass die allermeisten Beteiligungen Mitglied in einem Arbeitgeberverband sind. Zudem wurde dargelegt, dass es für die Beteiligungen ohne Mitgliedschaft in einem Arbeitgeberverband Praxisbeispiele

- innerhalb der Beteiligungen der Landeshauptstadt Wiesbaden: GWW als Vorbild für SEG/WiBau, WIVERTIS als Vorbild für Witcom, Kurhaus als Vorbild für Rhein-Main-Hallen
- bei öffentlichen vergleichbaren Unternehmen: 9 von 12 befragten öffentlichen Veranstaltungs- und Messeunternehmen wenden Spielarten des TVöD oder Spielarten (TV-V/TV-AVV) an, eine weitere den Metalltarif

gibt.

Der Beteiligungsausschuss wolle beschließen:

- I. Alle Mehrheitsbeteiligungen der Landeshauptstadt Wiesbaden sollen Mitglied in einem Arbeitgeberverband sein.
- II. Der Magistrat wird gebeten,
 1. zusammen mit den Geschäftsführungen der SEG und WiBau im Sinne des obigen Grundsatzes eine Lösung für die SEG und WiBau zu erarbeiten,
 2. aufbauend auf dem Bericht des Dezernates VI vom 21.01.2015 (14-F-03-0082) sicherzustellen, dass die Rhein-Main-Hallen-GmbH mit Wirkung zur Fertigstellung des Neubaus des RheinMain CongressCenter in den Kommunalen Arbeitgeberverband eintritt,
 3. zusammen mit der Geschäftsführung der WJW im Sinne des obigen Grundsatzes eine Lösung für die WJW zu erarbeiten und sich dabei an Praxisbeispielen anderer Wiesbadener Träger von Beschäftigungsmaßnahmen zu orientieren,
 4. sicherzustellen, dass die WVV in den kommunalen Arbeitgeberverband eintritt,
 5. zusammen mit der WVV mit dem Vorstand der ESWE Versorgung mit dem Ziel des Eintrittes der Witcom in den KAV (Beispiel ESWE Versorgung) oder in den Verband der Metall- und Elektro-Unternehmen Hessen (Beispiel WIVERTIS) Gespräche aufzunehmen,
 6. mit der Geschäftsführung der Exina und dem Mitgesellschafter Rheingau-Taunus-Kreis Gespräche im Sinne des obigen Grundsatzes für die Exina aufzunehmen.
- III. Der Magistrat wird gebeten, dem Beteiligungsausschuss spätestens in der ersten Ausschusssitzung des Jahres 2017 über die Ergebnisse zu II. zu berichten.

Antrag Nr. 16-F-01-0002
SPD

Wiesbaden, 04.05.2016

Dennis Volk-Borowski
Fachsprecher für städtische Beteiligungen
(SPD-Fraktion)

Thomas Schreier
Stv. Geschäftsführer